

Klimawandel im Nationalrat

Unter dem Druck von Fukushima war die Energiestrategie der Schweiz fortschrittlich unterwegs. Jetzt wird sie im neu zusammengesetzten Parlament Schritt für Schritt demontiert.

Der international bekannte Klimaforscher Thomas Stocker hatte letzte Woche in der voll besetzten Ratshauslaube die dramatischen Folgen der Erderwärmung dargelegt. Die Auswirkungen des CO₂-Ausstosses werden von vielen bürgerlichen Politikerinnen und Politikern ignoriert. International ist der Handlungsbedarf aber erkannt. Am UN-Klimagipfel in Paris wurde das Ziel festgelegt, die globale Erwärmung auf unter 2°C zu begrenzen. Ein enormer Fortschritt in der globalen Klimapolitik! Den Absichtserklärungen müssen nun Taten folgen und zwar in allen Ländern. Mit der Energiestrategie 2050 hat der Nationalrat zwar einige wichtige Meilensteine gesetzt, die konsequente Umsetzung der Strategie aber verpasst.

Steuerabzüge statt Energiemassnahmen

Statt Energieeffizienz zu belohnen will der Nationalrat hohe Steuerrabatte gewähren. Die Kosten für Sanierungen und Ersatzneubauten können über mehrere Jahre verteilt von den Steuern abgesetzt werden. Die Folge sind riesige Steuerausfälle, die aber kaum etwas mit der Energiewende zu tun haben. Die Kantone haben bereits angekündigt, ihre bisherigen erfolgreichen Gebäudeprogramme zu stoppen. Die im Nationalrat durchgesetzten Steuerabzüge verhindern somit echte Energiesparmassnahmen. Die einst fortschrittliche Energiepolitik wird damit auf „Retro“ gestellt. Das ist ein Widerspruch zu den Zusagen an der UN-Klimakonferenz.

Neues Fördergesetz unbestritten

Das neue und sinnvolle Innosuisse-Gesetz wird nächste Woche beraten. Es soll den Wissenstransfer von den Hochschulen zu den Unternehmen sowie die Innovationskraft fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz stärken. Im Umweltbereich könnte die Schweiz führende Technologien entwickeln und als Exportschlager vermarkten. Das alles würde helfen, die Deindustrialisierung aufzuhalten und Arbeitsplätze zu sichern. Leider wird das neue Gesetz nicht mit der Energiestrategie in Zusammenhang gebracht. Eine fortschrittliche Energiepolitik hätte gute Rahmenbedingungen für innovative Umwelttechnologien hervorbringen können.

Sicherheit ist nicht verhandelbar

Diese Logik gilt nicht für die AKW. Die Schweiz hat den weltweit ältesten Atomkraftwerkpark und trotzdem wird weder ein verbindliches Abstelldatum noch ein Langzeitbetriebskonzept durchgesetzt. Beim Menschen steigt mit dem Älterwerden das Gesundheitsrisiko, ebenso steigt bei den AKW das Sicherheitsrisiko mit zunehmenden Alter. Nachrüsten ist Pflasterlipolitik. Auch bei uns Menschen wird der Körper nicht jünger, wenn Organe ersetzt werden.

USR III droht der Absturz

Ein weiteres Geschäft droht im neu zusammengesetzten Nationalrat wegen Extremforderungen Schiffbruch zu erleiden. Für die internationale Akzeptanz der

Unternehmensbesteuerung muss die Holding-Privilegierung abgeschafft werden. Damit nicht neue Milliardenlöcher in der Bundeskasse entstehen, müsste diese Steuerreform mindestens teilweise gegenfinanziert werden. Die vorberatende Kommission des Nationalrats hat nicht nur diese Gegenfinanzierung versenkt, sie will sogar mit einer zinsbereinigten Gewinnsteuer ein weiteres Steuerschlupfloch schaffen. Die „Unternehmenssteuerreform III“ wird damit in Schieflage geraten. Für die Standortattraktivität und die internationale Akzeptanz wäre das fatal. Noch hat es das Parlament in der Hand, eine ausgewogene Lösung zu finden.

5.3.2016, Martina Munz